

Nr. 15/300 S

Folgender Tagesordnungspunkt ist zurückgezogen:

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro
Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2001
(Drucksache 15/326 S)

Nr. 15/301 S

Fragestunde

1. Attraktivitätssteigerung für Woltmershausen durch Nutzung des Kartoffelbunkers
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 9. Mai 2001
2. Hickhack um Impuls- und ProKIDS-Fördergelder für Kinder- und Jugendprojekte
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Mai 2001
3. Arbeitsplatzeffekte durch Bau der Messehalle 7
Anfrage der Abgeordneten Jägers, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 21. Mai 2001
4. Unzureichende Informationen durch das Bauressort
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. Mai 2001
5. Brände auf der Blockland-Deponie
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Mai 2001
6. Eindampf- und Feuerungsanlage der BREWA Umwelt-Service GmbH (ehemals BWK) auf dem Grundstück Landrat-Christians-Straße 95
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Mai 2001
7. Aktuelle Situation des Zelt- und Materiallagers des Bremer Jugendrings
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2001
8. Schilderwald
Anfrage der Abgeordneten Karin Krusche, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juni 2001
9. Straßenbenennung
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 7. Juni 2001

10. Rattenplage in Fähr-Lobbendorf
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 7. Juni 2001
11. Baumaßnahmen an den Straßenbahnhaltstellen Obernstraße und Hutfilterstraße
Anfrage der Abgeordneten Steinberg, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 8. Juni 2001
12. Förderbedarfe in kommunalen Kindertagesheimen
Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 11. Juni 2001
13. NPD-Aufmarsch am 23. Juni in Bremen-Nord
Anfrage der Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Juni 2001

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/302 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/303 S

Achtes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/311 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 15/304 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28 vom 22. Mai 2001

(Drucksache 15/312 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/305 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 vom 12. Juni 2001

(Drucksache 15/325 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/306 S

Vorhaben- und Erschließungsplan 17 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für den Bau der „Botanika im Park“ im Rhododendronpark in Bremen-Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/314 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhaben- und Erschließungsplan 17 (vorhabenbezogener Bebauungsplan).

Nr. 15/307 S

Bebauungsplan 1240 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack und Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße, Lindenstraße, Fröbelstraße, Ulrichs Helgen, Schulkenstraße, Weser und Blumenthaler Aue

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/315 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1240.

Nr. 15/308 S

Bebauungsplan 1346 mit Deckblatt

Änderung des Bebauungsplanes 1917 Blatt 1 gemäß § 13 Baugesetzbuch für ein Teilgebiet in Bremen-Neustadt westlich des Flughafendamms

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/316 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1346 mit Deckblatt.

Nr. 15/309 S

Flächennutzungsplan Bremen

4. Änderung nach der Neubekanntmachung – Fassung Mai 2001 –

(ehemals 26. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

– Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven (Carl-Schurz-Kaserne und Weserportsee) –

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/320 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen nach der Neubekanntmachung – Fassung Mai 2001 – (ehemals 26. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983).

Nr. 15/310 S

Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Wurster Straße, Cherbourger Straße, Neuer Aue, nördlich Franziusstraße, Am Erzhafen, Am Nordhafen, Senator-Borttscheller-Straße und Wasserlöse

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/317 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt.

Nr. 15/311 S

Bebauungsplan 2156 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Hohweg, Güterverbindungsbahn Ufbremen, Fleetstraße (einschließlich, zum Teil beiderseits) und Papengeerenweg

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/318 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2156 mit Deckblatt.

Nr. 15/312 S

Bebauungsplan 2204 mit Deckblatt für das Gebiet in Bremen-Walle zwischen Steffensweg, Bremerhavener Straße und Elisabethstraße

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/319 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2204 mit Deckblatt.

Nr. 15/313 S

Beiräte stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/321 S)

Der Senat wird aufgefordert, grundsätzlich sicherzustellen, dass

- die bisherige Ortsamts(beiratsbetreuender Teil)- und Beiratsstruktur bestehen bleibt, jedoch ein Zusammenschluss auf freiwilliger Basis ermöglicht werden kann;
- die Zuständigkeit für Beiräte beim Senator für Inneres verbleibt;
- die Beiräte betreuenden Ortsämter und Beiräte ausreichend mit Personal und Sachmitteln ausgestattet sind, um auf Dauer arbeitsfähig zu sein. Sie sind daher ersatzlos aus der PEP-Quote zu nehmen;
- die Globalmittel sowie die Personalkosten (Ortsamtsleiter/-in, kommunale/r Sachbearbeiter/-in, Schreibkraft), Sitzungsgelder, Mieten, Mittel für Öffentlichkeitsarbeit etc. grundsätzlich nach dem bisherigen Schlüssel auf die Beiratsbereiche verteilt werden. Die Beiräte entscheiden dann über die Aufteilung dieser Mittel. Planungssicherheit ist zu gewährleisten;
- die Beiräte rechtzeitig seitens der Fachbehörden beteiligt werden;
- die Beiräte an der Beratung gesamtbremischer Konzepte ab dem Zeitpunkt zu beteiligen sind, an dem ein beratungsfähiges Konzept vorliegt. Dies gilt für überregionale Konzepte betreffend z. B. Kultur, Schulentwicklung, Verkehr, Sport- und Freizeitstätten usw. Mögliche Auswirkungen in den Stadtteilen werden „vor Ort“ zwischen Beirat und den zuständigen Behördenvertretern abgestimmt;
- mit den bauenden und planenden Behörden mindestens einmal jährlich eine Prioritätenliste für den Stadtteil aufgestellt wird;
- dort, wo der Beirat zu beteiligen ist, das entsprechende Votum der entsprechenden Deputationsvorlage beizufügen ist;
- eine gegenseitige Vertretung von sachkundigem Bürger und Beiratsmitglied eingeführt wird.

Nr. 15/314 S

Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/322 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juni 2001

(Drucksache 15/332 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter mit Änderungen.

Nr. 15/315 S

Beiräte durch konkrete Maßnahmen stärken

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/331 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/316 S

Richtungswechsel für die Umgestaltung des Rembertikreises und angrenzender Quartiere

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/323 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau.

Nr. 15/317 S

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/330 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.